



CLAUDIA KEMFERT

## Der CO<sub>2</sub>-Preis ist nur ein winziger Schritt in die richtige Richtung

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Wer es nicht schon aus der Zeitung wusste, sah es im Januar unmissverständlich an den Zapfsäulen der Tankstellen: Die Preise für Kraftstoffe stiegen Anfang Januar um im Schnitt sieben Cent. Grund war, dass zum Jahreswechsel in Deutschland ein Preis für Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) eingeführt wurde. Das sorgte im Land der Autofahrer für Aufregung. Es gibt zwar tatsächlich Anlass zur Empörung, aber anders als viele denken.

Fakt ist: Heiz- und Kraftstoffe waren immer schon sehr viel teurer, als es den Anschein hatte. Bezahlt haben den Preis jedoch auch diejenigen, die kaum von der vermeintlichen fossilen Freiheit profitieren und am wenigsten zum Klimaschaden beitragen, nämlich Menschen mit geringem Einkommen. Egal, ob Pflegekraft, Friseur oder Rentnerin, sie verbrauchen in der Regel wenig Ressourcen und haben daher nur einen vergleichsweise kleinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck. Trotzdem zahlen sie, ohne es zu wissen, auch für die Emissionen der anderen, der Vielfliegerinnen und SUV-Fahrer. Denn die Schäden, die die fossile Freiheit einzelner anrichtet, werden – versteckt und nirgends offen ausgewiesen – von der Gemeinschaft bezahlt.

Und wer profitiert? Die Besserverdienenden mit großzügig bemessenem Einfamilienhaus, mit Erst- und Zweitwagen und mit Dienst- und Urlaubsreisen in ferne Länder. Ausgerechnet diejenigen, die als Gruppe einen klimaschädlichen Lebensstil pflegen, werden durch den Fiskus auch noch bevorzugt: durch direkte und indirekte Subventionen für fossile Energien, Infrastruktur und emissionsstarke Verhaltensweisen. Dabei ist es eigentlich ein Gebot der Fairness, dass Menschen den Schaden vollständig bezahlen, den sie anrichten.

Fair und wirkungsvoll wäre es, man würde für Klimaschädlinge wie Kerosin, Diesel, Benzin und Gas stärker und angemessen zur Kasse bitten und alle realistisch an den verursachten Klimawandel-Folgekosten beteiligen. Nicht mit der Gießkanne, sondern nach dem Prinzip wer mehr verbraucht, bezahlt auch

mehr. Richtig fair wäre es, man würde den Menschen das Geld, das ihnen jahrzehntelang heimlich aus den Taschen gezogen wurde, zurückgeben. Vorstellbar? Natürlich! Als sogenannten Klimabonus oder Klimaprämie könnten die Einnahmen einer CO<sub>2</sub>-Steuer an die privaten Haushalte zurückgezahlt werden.

Der positive Lenkungseffekt wäre offensichtlich: Je weniger fossile Energien ich verbrauche, desto mehr Geld kann ich behalten. Und Haushalte mit niedrigem Einkommen würden – wie in einer Studie mit meiner Beteiligung nachgewiesen – meist mehr Geld bekommen, als sie qua Verbrauch bezahlen.

Der jetzt eingeführte CO<sub>2</sub>-Preis ist weder fair noch wirkungsvoll. Man hat einen komplizierten und kostspieligen nationalen Emissionsrechtehandel eingerichtet. Was nach freiem Markt klingen soll, ist in Wahrheit per (viel zu niedrigem) Festpreis geregelt: Statt den Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> bei 195 Euro anzusetzen, wie es nach Schätzung des Umweltbundesamts notwendig wäre, ist der fossile Spaß zum Schnäppchenpreis von anfangs 25 Euro und später 60 Euro zu haben. Besonders absurd: Mit der gleichzeitigen Erhöhung der Pendlerpauschale wird ausgerechnet das Vielfahren von emissionsstarken Verbrennern belohnt. Die angestrebte Emissionsminderung wird so höchstens zu einem Drittel erreicht.

Die parallele Vereinbarung zur Senkung des Strompreises ist gut und wichtig, belohnt aber leider fossile wie erneuerbare Energien gleichermaßen. Wo ist dort die Lenkungswirkung?

Trotz aller Unzulänglichkeiten ist aber die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn auch nur ein winzig kleiner. Was wir brauchen, um tatsächlich die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu mindern, ist Kostenwahrheit und soziale Gerechtigkeit. Kluger Klimaschutz schafft beides.

Der Beitrag erschien in einer etwas kürzeren Fassung am 11. Januar 2021 im Handelsblatt.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 10. Februar 2021

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;  
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander  
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus  
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

### Lektorat

Jonas Jessen

### Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Petra Jasper;  
Sebastian Kollmann; Sandra Tubik

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den  
Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter  
unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)